

BFS-TRENDINFO

11/14

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Gesellschaft

Die Elite denkt kosmopolitisch – die Bevölkerung nicht

Zukunftshoffnungen der Deutschen

Arbeitsmarkt

Innerstädtische Lohnsegregation: eine Landkarte des Niedriglohns

Bildung

Erasmus – eine Erfolgsgeschichte in Zahlen

Non-Profit-Management

Wilhelm-Löhe-Preis für soziales Unternehmertum

Europa

Europa droht die soziale Spaltung

Neue Technologien

Am Puls der Zeit – Gesund durch digitale Ausrüstung?

Materialien

Jeremy Rifkin: Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die rasante wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Chinas macht den Ausbau einer tragfähigen Versorgungsinfrastruktur für die Altenpflege notwendig. Die massiven Wanderungsbewegungen vom Land in die Industriestädte haben zusammen mit der Ein-Kind-Politik Chinas dazu geführt, dass immer weniger ältere Menschen von ihren Angehörigen zu Hause betreut und gepflegt werden können.

Der 12. chinesische Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft und Gesellschaft (2011 bis 2016) beinhaltet u. a. den Aufbau eines kompletten Pflegesystems. China steht damit – wie Deutschland Anfang der 1990er Jahre – an der Schwelle der Einführung einer öffentlichen Versorgungsinfrastruktur mit entsprechendem Personal- und Qualifizierungsbedarf. Im Vergleich zu anderen Industrieländern sind die Dimensionen in China jedoch gewaltig und stellen das Land vor immense Herausforderungen. Der staatliche Plan sieht daher ausdrücklich vor, auf die Hilfe und den Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern zurückzugreifen.

Eine gemeinsame Initiative von deutschen und chinesischen Partnern will nun dazu beitragen, die anstehenden Umstellungen gemeinsam zu meistern. Das Projekt „ChinaCare: Kooperative Ausbildung von Altenpflegekräften in China“ setzt bei der

Qualifizierung von Pflegekräften an und wird im Rahmen des Berufsbildungsexports durch deutsche Anbieter vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Die Laufzeit begann am 1. Juni 2013 und dauert noch bis zum 31. Mai 2016 an.

Das Ziel des Verbundprojektes ist es, eine dauerhafte deutsch-chinesische Bildungskooperation aufzubauen, bei der eine Qualifizierung für die ambulante und stationäre Altenpflege konzipiert und erprobt wird. Auf deutscher Seite ist die Pflegeschule kbs aus Mönchengladbach maßgeblich beteiligt. Sie kooperiert mit den medizinischen Schulen in Fushun und Panjin. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt durch das Forschungsinstitut für innovative Arbeitsgestaltung und Prävention e.V. in Gelsenkirchen und von Organisationsberatern der MA&T Sell & Partner GmbH, Aachen, sowie der gaus gmbh – medien bildung politikberatung, Dortmund.

In Ergänzung zur Professionalisierung des Berufsfelds Altenpflege soll in der Zielregion Liaoning im Nordosten Chinas die Infrastruktur für die Versorgung der Pflegebedürftigen verbessert werden. Dies geschieht durch die enge Zusammenarbeit von chinesischen Verantwortlichen und deutschen Experten. Im Frühling 2014 fand eine erste zweiwöchige Reise von sieben deutschen Projektteilnehmern statt, die von zahlreichen Einrichtungsbesuchen,

Workshops und Expertengesprächen geprägt war. Das Projekt versteht sich als „vorsichtige Ergänzung chinesischer Kompetenzen durch deutsches Know-how“. Am Ende der Projektlaufzeit sollen ein übertragbares Geschäftsmodell für den Bildungsexport und eine dauerhafte deutsch-chinesische Ausbildungspartnerschaft stehen. Wenn es gut läuft, werden auf diese Weise gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: China erhält behutsame Unterstützung bei der Einführung der notwendigen Pflegeinfrastruktur und Modernisierung der Altenpflege in einer Art und Weise, die von der chinesischen Gesellschaft akzeptiert und wertgeschätzt wird. Gleichzeitig werden die schweren Markteintrittsbarrieren in China durch die Bildungskooperation verringert. Deutschen Anbietern von Pflegeleistungen wird so ein neuer Markt eröffnet.

Eine anregende Lektüre der BFS-Trendinfo wünscht Ihnen

Ihre Redaktion

Gesellschaft

Die Elite denkt kosmopolitisch – die Bevölkerung nicht

Während die Führungselite der Bundesrepublik gern die Vorteile offener Grenzen für Menschen und Güter betont, fürchtet sich die Bevölkerung zunehmend vor Zuwanderung, Überfremdung und Fremdbestimmung. Es hat den Anschein, dass eine Kluft zwischen den kosmopolitischen Idealen der Entscheidungsträger und dem Euroskeptizismus eines Großteils der Bürger besteht. Wissenschaftler vom „Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung“ (WZB) haben nun untersucht, ob dieser Abgrund zwischen den Eliten und dem Volk tatsächlich belegt ist oder in der öffentlichen Wahrnehmung überbewertet wird.

Marc Helbling und Céline Teney vom WZB analysierten für die Studie Daten der WZB-Elitestudie aus dem Zeitraum 2011/2012. Die darin enthaltenen Einstellungen von 354 deutschen Spitzenkräften aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Militär, Rechtsetzung, Forschung, Medien, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Kirche zu Fragen der Denationalisierung setzten sie in Bezug zu den Einstellungen der Bürger. Die Ansichten der Bevölkerung wurden aus der Analyse der Daten des „European Social Survey“ und des „World Values Survey“ gewonnen. Die größte Gruppe der Entscheidungsträger stellten rund hundert Mitglieder des Topmanagements und aus Aufsichtsräten der hundert größten deutschen Unternehmen. Die Zivilgesellschaft wurde von 16 Präsidenten der größten Verbände, darunter auch die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, repräsentiert. Betrachtet wurden die vier

Themen Einwanderung, internationaler Handel, Entwicklungshilfe und die Rolle supranationaler politischer Institutionen (EU und UNO).

Kluft zwischen den Entscheidungsträgern und der Bevölkerung

In ihrer Analyse zeigen die beiden Wissenschaftler, dass es eine generelle Trennung zwischen den Ansichten der Entscheidungsträger und denen der Bürger in Fragen der Denationalisierung gibt. Während die Spitzenkräfte unabhängig von Bildung, Alter, Geschlecht und politischer Orientierung eine homogene Position zu diesen Fragen einnehmen, haben die Bürger je nach Bildung oder politischer Orientierung sehr unterschiedliche Positionen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Kluft zwischen den Eliten und der Bevölkerung in jenen Fragen signifikant ausfällt, die in einem direkten Zusammenhang mit der weiteren Öffnung nationaler Grenzen stehen. Dieser Zusammenhang bleibt auch dann bestehen, wenn die Aspekte Bildung, Alter, Geschlecht, Wohnsitz und politische Orientierung mit einbezogen werden. Im Gegensatz dazu nehmen Eliten, unabhängig von ihren Tätigkeitsfeldern, vergleichsweise einvernehmliche Positionen zu Fragen der Denationalisierung ein. Allerdings sind die Ergebnisse nicht für alle Fragestellungen gleich:

Die Eliten zeigten sich in Bezug auf die Arbeit der EU und der UNO deutlich kritischer als die allgemeine Bevölkerung. Dieses Ergebnis sei jedoch mit Vorsicht zu interpretieren, so die Wissenschaftler. Kritik an der Art und Weise der UNO- und EU-Politik sei nicht gleichzusetzen mit genereller Ablehnung der europäischen Integration und der internationalen Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft. Von früheren Studien sei bekannt, dass die Eliten in einem weit höheren Ausmaß die europäische Idee unterstützten als die allgemeine Bevölkerung. Aber auch unter den Entscheidungsträgern seien die Einstellungen zur Rolle supranationaler politischer Institutionen nicht kongruent: Die Vertreter der öffentlichen Verwaltung zeigten sich deutlich zufriedener mit der EU als Führungskräfte aus der Wirtschaft.

Obwohl die Entscheidungsträger häufiger als die Durchschnittsbürger eine gewisse Zeit im Ausland verbracht haben und regelmäßig mit vielen Menschen im Ausland verkehren, stünden ihre transnationalen Aktivitäten und grenzüberschreitende Mobilität in keinem signifikanten Zusammenhang mit ihren Einstellungen zu den vier untersuchten Themen. Eliten mit einer stark ausgeprägten supranationalen Identität sprächen sich allerdings deutlich häufiger dafür aus, die Grenzen für Einwanderer zu öffnen und die Entwicklungszusammenarbeit zu intensivieren.

Auch spiele es für die Einstellung zu Fragen der Denationalisierung keine besondere Rolle, ob die Entscheidungsträger in der früheren DDR oder im Ausland geboren wurden. Im Gegensatz dazu sei die politische Orientierung der Eliten stark mit ihren Einstellungen zu Einwanderung, Entwicklungshilfe und Welthandel verknüpft. Politisch eher rechts stehende Führungskräfte befürworteten weniger die Einwanderung und Entwicklungshilfe, den internationalen Freihandel jedoch mehr.

Fazit

Die Elite in Deutschland bekennt sich einheitlich zur Einwanderung und zur stärkeren Öffnung der nationalen Grenzen. Diese Einstellung trennt sie von der übrigen Bevölkerung, die sehr heterogen zu diesen Themen steht. So lautet das Ergebnis der WZB-Wissenschaftler.

Die Wissenschaftler nehmen an, dass die Lücke, die sich zwischen den Ansichten der Entscheidungsträger und der Bürger auftut, in Deutschland größer ist als in anderen Ländern. In Deutschland gebe es aus historischen Gründen nach dem Trauma des Zweiten Weltkriegs einen größeren Druck, sich als Teil der Elite einem kosmopolitischen Ideal anzupassen und die europäische und internationale Integration zu unterstützen, so Marc Helbling, Mitautor der Studie.

Die Studie könne dazu beitragen, die Debatte über den Aufstieg einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie rund um die Globalisierung zu befeuern. Fragen der Denationalisierung würden nicht nur die öffentliche Meinung im Hinblick auf Globalisierungsgewinner und Globalisierungsverlierer polarisieren, sondern auch eine scharfe Trennung zwischen der allgemeinen Bevölkerung und den Eliten schaffen.

Dass die Eliten die Einstellungen der Bevölkerung nicht entsprechend repräsentierten, stelle eine ernste Herausforderung für die westlichen Demokratien dar, so die Forscher. Tatsächlich werde dieses Faktum oft als eine der Quellen für die steigende Politikverdrossenheit und den Aufstieg erfolgreicher populistischer rechtsradikaler Parteien in Europa angeführt.

Die Ergebnisse der Studie wurden unter dem Titel „How Denationalization Divides Elites and Citizens“ in der Zeitschrift für Soziologie, Jg. 43, Heft 4 veröffentlicht und ist [hier](#) abrufbar.

Zukunftshoffnungen der Deutschen

„Die Familie ist Geldanlage, Zukunftsvorsorge und Pflegedienst Nr. 1. Sie ist – richtig verstanden im positiven Sinne – billig und barmherzig“. Dieses provokante Zitat ist auf der Titelseite von CAREkonkret, der Wochenzeitung für Entscheider in der Pflege, vom 10. Oktober 2014 zu finden.

Es stammt von dem Zukunftsforscher Horst Opaschowski und ist seiner neuen Studie „So wollen wir leben! – Die 10 Zukunftshoffnungen der Deutschen“ entnommen.

Für seine Untersuchung ließ Opaschowski 1.000 Personen ab 14 Jahren von Januar bis April dieses Jahres repräsentativ befragen. Ihn interessierte: Was ist den Deutschen in ihrem Leben heute wichtig, wovon haben sie Angst und worauf hoffen sie in der Zukunft?

Opaschowski stellte fest, dass den Wunsch nach Sicherheit vor allem die Generationenfamilie als „Wagenburg des 21. Jahrhunderts“ erfüllt. Sie gewähre Schutz und sozialen Zusammenhalt. Die Menschen verließen sich nicht mehr allein auf den gesetzlichen Generationenvertrag. Die „Freundschaft zwischen den Generationen“ werde immer wichtiger. Über 80 Prozent der Deutschen seien davon überzeugt, dass der Zusammenhalt von Enkeln, Eltern und Großeltern immer wichtiger werde. Zwischen den Generationen würden „Ströme von Geld, Sachmitteln und persönlichen Hilfen“ fließen. Die Unterstützung reiche auch über große räumliche Entfernungen hinweg.

„Mehr Wir-Gefühl als Ego-Kult“

Große Hoffnungen setzten die Befragten auch auf mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft. „Mehr Wir-Gefühl als

Ego-Kult", erhofften sich 86 Prozent. In Zeiten dauerhafter Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftskrisen würden sich die Bürger erst einmal selbst helfen, resümierte Opaschowski. Wie und wovon sie in Zukunft leben sollen – dafür kämen von der Politik keine konkreten Antworten. So wollten viele selbst anpacken, als Macher statt Mitmacher: „Es sollte viel mehr Volksabstimmungen für die Bürger geben“, sagen 78 Prozent der Bevölkerung.

Die Ängste der Deutschen

Die Angst der Deutschen vor Preissteigerungen sei mittlerweile mehr als doppelt so hoch wie die subjektiv empfundene Bedrohung durch den Terrorismus (59 Prozent gegenüber 28 Prozent). „Die Kluft zwischen der amtlichen und der gefühlten Inflation wächst“, betonte Opaschowski. Viele Sorgen machten sich die Menschen um ihre Arbeitsplätze. „Nichts gilt mehr als sicher – der feste Arbeitsplatz nicht und das feste Einkommen auch nicht.“ Auch Armut und Kriminalität nehmen bei den Befürchtungen für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre einen hohen Rang ein.

Die Kluft zwischen Arm und Reich werde ebenfalls von vielen stärker empfunden. Sahen 2002 noch 27 Prozent der Menschen dies als Problem, seien es heute bereits 39 Prozent. Dies böte einen Nährboden für soziale Probleme und stelle auf Dauer ein Gefährdungspotenzial für den sozialen Frieden in Deutschland dar. Die größte Gefahr sähen die Befragten im Konflikt zwischen

Christen und Muslimen (2002: 30 Prozent, 2014: 46 Prozent).

„No future war gestern“

Von den 14- bis 34-Jährigen zeigten 87 Prozent eine positive Einstellung zum Leben. „Die Jugend ist zuversichtlich und will das Beste aus ihrem Leben machen. No future war gestern“, kommentierte dies Irina Pilawa-Opaschowski. Die Tochter des Forschers und Ehefrau von TV-Moderator Jörg Pilawa arbeitete erstmals an der Studie mit. Vater und Tochter gründeten gemeinsam das „Opaschowski Institut für Zukunftsforschung“ (O.I.Z.) mit Sitz in Hamburg (www.oiz-hamburg.de).

Auf der Homepage des Zukunftsforschers Opaschowski findet man u.a. auch Szenarien seiner „DeutschlandVision 2030“:

A) Das „Was-passiert-wenn-nichts-passiert“-Szenario

1. Der größte Schuldenberg der Nachkriegsgeschichte droht.
2. Die Schulden von heute werden die Steuern von morgen sein.
3. Die „Schuldenbremse“ ohne Rücklagen wird zur Rentenfalle.
4. Die Bürger glauben den Politikern nicht mehr.
5. Protest-, Wechsel- und Nichtwähler breiten sich aus.
6. „Burnout“ im Beruf wird zur Normalität.
7. Die Gefahren, die im Netz lauern, werden immer bedrohlicher.
8. Eine krasse Klassengesellschaft mit sozialen Ungleichheiten entwickelt sich.
9. Der Lebensstandard sinkt – die Deutschen werden ärmer.
10. Der Sozialstaat kippt.

B) Das „Was-sich-ändert-wenn-wir-uns-ändern“-Szenario

1. Sicherheit wird wichtiger als Freiheit.
2. Lebenslange Beschäftigung verhindert Altersarmut.
3. Gesund und geistig fit bleiben wird zur Leitlinie des Lebens.
4. Wer sich um andere sorgt, lebt länger.
5. Die Menschen altern gesünder.
6. Das Wohnen daheim ersetzt die Einweisung ins Heim.
7. Generationenbeziehungen werden wichtiger als Partnerbeziehungen.
8. Nachbarschaftshilfen machen Sozialamtshilfen entbehrlicher.
9. „Wohlergehen für alle“ wird bedeutsamer als „Wohlstand für alle“.
10. Eine neue Bürgerdemokratie entwickelt sich.

C) Die „realistische Zukunfts-Trend“-Prognose

1. 0,5 x 2 x 3-Arbeitsverhältnisse: Die Folgen der Globalisierung.
2. Strategie der besten Köpfe: Die Zuwanderung als Zukunftspotential.
3. Leben ist die Lust zu schaffen: Die Leistungsexplosion der jungen Generation.
4. Der „zweite“ demografische Wandel: Die neue Lust auf Familie.
5. Die Frauen kommen mit Macht: Die Arbeitswelt wird weiblicher.
6. Re-Start mit 50: Die Wirtschaft braucht wieder ältere Arbeitnehmer.
7. Comeback mit 65: Zuverdienst statt Altersarmut.
8. Lebensqualität bis ins hohe Alter: Wahlverwandtschaften und soziale Konvois.
9. Gesundheitsorientierung als neue Zukunftsreligion: Wohlergehen im Zentrum des Lebens.
10. Gut leben statt viel haben: Die Sehnsucht nach dem Sinn.

D) Die „10-Gebote-des-21. Jahrhunderts“-Agenda

1. Bleib nicht dauernd dran; schalt doch mal ab.
2. Versuche nicht, permanent deinen Lebensstandard zu verbessern oder ihn gar mit Lebensqualität zu verwechseln.
3. Mach die Familie zur Konstante Deines Lebens und ermutige Kinder zu dauerhaften Bindungen.
4. Knüpf Dir ein verlässliches soziales Netz, damit dich Freunde und Nachbarn als soziale Konvois ein Leben lang begleiten können.
5. Definiere Deinen Lebenssinn neu: Leben ist die Lust zu schaffen.
6. Genieße nach Maß, damit Du länger genießen kannst.
7. Mach nicht alle Deine Träume wahr; heb Dir noch unerfüllte Wünsche auf.
8. Du allein kannst es, aber Du kannst es nicht allein: Hilf anderen, damit auch Dir geholfen wird.
9. Tu nichts auf Kosten anderer oder zu Lasten nachwachsender Generationen: Sorge nachhaltig dafür, dass das Leben kommender Generationen lebenswert bleibt.
10. Verdien Dir Deine Lebensqualität – durch Arbeit oder gute Werke: Es gibt nichts Gutes; es sei denn, man tut es.

Quelle: [DeutschlandVision 2030](#)

Der Artikel basiert auf einem Bericht in CAREkonkret, die Wochenzeitung für Entscheider in der Pflege, vom 10. Oktober 2014. Das Buch „So wollen wir leben – die 10 Zukunftshoffnungen der Deutschen“ von Horst W. Opaschowski und Irina Pilawa-Opaschowski ist im Gütersloher Verlagshaus erschienen und kostet 19,90 Euro.

Arbeitsmarkt

Innerstädtische Lohnsegregation: eine Landkarte des Niedriglohns

Großstädte sind seit jeher Anziehungspunkte für Menschen mit Hoffnung auf einen neuen Arbeitsplatz, attraktive Freizeitangebote und insgesamt ein besseres Leben. Eine räumliche Analyse für Deutschland stellen Forscher des „Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung“ (IAB), einer Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit, in ihrem Kurzbericht 12/2014 vor. Sie gehen der Frage nach, wie sich Menschen mit niedrigen Löhnen in Großstädten verteilen. Ziel des Kurzberichtes ist es, einen vergleichenden Überblick innerstädtischer Lohnsegregation in Deutschland zu erstellen. Dabei wird versucht, deutliche Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Stadtvierteln zu veranschaulichen und unterschiedliche Muster im Städtevergleich zu beschreiben.

Datengrundlage

Für Ihre Analysen verwendeten die Forscher Informationen aus den Prozessdaten der Bundesagentur für Arbeit und verbanden diese mit Geoinformationen. Datenbasis bildeten so genannte Integrierte Erwerbsbiografien (IEB) des IAB für das Jahr 2009. Diese Erwerbsbiografien enthalten unter anderem Informationen über sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, die in den administrativen Prozessen der Bundesagentur für Arbeit entstehen. Dabei wurde jede Person in der Individuellen Erwerbsbiografie zum 30. Juni 2009 mit einer Geokoordinate versehen, die ihren Wohnort beschreibt. Die dabei entstandenen „Rasterzellenstellen“ stellen Nachbarschaften einheitlicher

(Flächen-)Größe dar.

Niedriglohnbezieher – um wen handelt es sich?

Als Niedriglohn wird im IAB-Bericht ein Bruttomonatslohn verstanden, der weniger als zwei Drittel des nationalen Medianbruttomonatslohnes in einer regulären Vollzeitbeschäftigung beträgt. In jeder der untersuchten Rasterzellen wird dann der Anteil der Niedriglohnbezieher an allen Beschäftigten berechnet. Als Berechnungsgrundlage dienen 20- bis 65-jährige Personen, die am 30. Juni 2009 in Vollzeit und Teilzeit mit mindestens der Hälfte der regulären Arbeitszeit sozialversichert waren. Da Auszubildende, Studierende, Beschäftigte in kurzer Teilzeit, Freiberufler, Selbständige, Beamte sowie Rentner mit Hinzuverdienst nicht berücksichtigt wurden, liegt die bundesweite Niedriglohnschwelle für die Stichprobe bei 1.733 Euro. Nach dieser Definition gehört in Deutschland ca. ein Viertel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu den Niedriglohnbeziehern.

Niedriglohnbezug im regionalen Vergleich

Die etwa 25 Prozent der Arbeitnehmer, die Niedriglohn beziehen, sind sehr ungleich über die Städte und Landkreise verteilt. In der Abbildung der IAB-Analyse ist ein deutliches Einkommensgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland erkennbar.

In ländlichen Gegenden sind jedoch in beiden Landesteilen höhere Niedriglohnanteile zu finden. Der Vergleich der größten Städte Deutschlands zeigt sowohl ein Ost- West- als auch ein Nord-Süd-Gefälle. Über die geringste Zahl an Niedriglohnbeziehern verfügen Städte wie München mit 13 Prozent sowie Stuttgart und Frankfurt mit je 16 Prozent. Ostdeutsche Städte wie Berlin mit 29 und Leipzig mit 35 Prozent weisen einen hohen Anteil aus. Die Stadtstaaten Hamburg (20 Prozent) und Bremen (24 Prozent) liegen dazwischen.

Ursachen von Segregation in Städten

Einzelne Bevölkerungsgruppen leben innerhalb von Städten oftmals getrennt voneinander. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. So spielen beispielsweise soziale Kontakte, der Arbeitsweg, die Qualität von Schulen, das Vorhandensein von Parks, die Verkehrsanbindung, das Kulturangebot und die Einkaufsmöglichkeiten eine Rolle. Die Qualität dieser öffentlichen Güter mache sich auch im Mietniveau bemerkbar. Dies wiederum führe dazu, dass sich Menschen mit niedrigem Einkommen die besonders attraktiven Wohngegenden nicht leisten können. Da auch soziale Netzwerke wie Familie, Freundeskreise, Kirchengemeinden und Sportvereine bei der Arbeitsplatzsuche eine maßgebliche Rolle spielen, kann die innerstädtische Einkommenssegregation dazu führen, dass soziökonomisch schwächeren Bewohnern qualitativ schlechtere lokale öffentliche Ressourcen

zur Verfügung stehen. Die IAB-Analyse zeigt anhand von Abbildungen der Städte Berlin, Hamburg und München bis auf Stadtviertel und Straßenzug genau, wo sich zum Stichtag Niedriglohnbezieher angesiedelt haben.

Daraus wird ersichtlich, dass es in Kommunen notwendig und möglich ist, in Segregationsprozesse einzugreifen. So können Maßnahmen wie z. B. sozialer Wohnungsbau, die Begrenzung von Luxussanierungen, Mietpreisbindungen, der Neu- und Umbau von Schulen und Kindergärten und die Schaffung von Parkanlagen die Wohnvierteigenschaften verändern und damit indirekt und langfristig das Ausmaß der Segregation beeinflussen.

Sozialtourismus – innerdeutsch?

Wie deutsche Städte mit weit mehr als der Segregation zu kämpfen haben, zeigt auch eine Dokumentation den NDR im Juli dieses Jahres mit dem Titel: „Wilhelmshaven: Paradies für sozial Schwache?“ Der Leiter des örtlichen Jugendamtes, Carsten Feist, nennt in dieser Dokumentation ein Beispiel: Für eine alleinerziehende Mutter, die aus Köln nach Wilhelmshaven gezogen ist, deren fünf Kinder aber weiterhin in Heimen rund um Köln untergebracht sind, muss die Stadt Wilhelmshaven aufkommen. „Und das summiert sich schnell auf 25.000 Euro im Monat.“ In diesem Bereich entstehen der Stadt Gesamtkosten von 4,5 Millionen Euro, rechnet Oberbürgermeister Andreas Wagner vor. „Darauf bleibt die Kommune sitzen, denn

Bund und Land beteiligen sich nicht. Natürlich stecken hinter der Zahl viele Schicksale“, sagt er. Aber wenn das so weitergehe, müsse die Stadt an anderer Stelle sparen: bei der Grünpflege, bei den Schulen, bei der Kultur.

Den IAB-Kurzbericht Nr. 12./2014 finden sie [hier](#). Das pdf-Dokument ist [hier](#) abrufbar. Den Beitrag „Wilhelmshaven: Paradies für sozial Schwache?“ des NDR können Sie sich [hier](#) ansehen.

Bildung

Erasmus – eine Erfolgsgeschichte in Zahlen

Erasmus feiert in diesem Jahr seinen 25. Geburtstag. Natürlich nicht der niederländische Philosoph Erasmus von Rotterdam, sondern das nach ihm benannte Förderprogramm der Europäischen Union, das den internationalen Studentenaustausch zwischen Hochschulen in ganz Europa und darüber hinaus fördert. Gefragt nach ihrer Motivation, zum Studium ins Ausland zu gehen, antworten die meisten Studierenden, dass sie neue Leute kennen lernen und ihre Sprachkenntnisse verbessern möchten. Auch bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt sind häufige Gründe für ein Auslandsstudium.

Auf Platz 1 der beliebtesten Zielländer für ein Auslandssemester liegt Spanien mit über 40.000 Studierenden zwischen 2012 und 2013. Deutschland, welches im gleichen Zeitraum etwa 30.000 Studenten aufnahm, befindet sich auf Platz 2, dicht gefolgt von Frankreich (29.000) und England (27.000).

Die EU-Kommission hat in den letzten Jahren das Programm „Erasmus“ weiter ausgebaut, zuletzt im Rahmen des neuen Programms „Erasmus+“, welches im Januar 2014 für die Dauer von sieben Jahren angelaufen ist. Auch in diesem erweiterten Erasmus-Programm bleibt die grenzüberschreitende Hochschulbildung weiterhin ein wesentlicher Bestandteil; es wird jedoch um die Bereiche Schulbildung, berufliche Bildung, Erwachsenenbildung, Jugend sowie Sport ergänzt. Sein Gesamtbudget bis 2020 beträgt etwa 15 Milliarden Euro.

Die Kommission erwartet, dass im Zuge von Erasmus+ etwa 4 Millionen Menschen Stipendien für einen Auslandsaufenthalt erhalten werden, etwa die Hälfte von ihnen werden Studierende sein. Auch 300.000 Hochschulbeschäftigte und 135.000 Studierende, die an Austauschprojekten mit nichteuropäischen Ländern teilnehmen, zählen dazu.

Angesichts dieser Zahlen stellt sich die Frage, welchen Mehrwert diese Art der Bildungsinvestition mit sich bringt. Oder mit anderen Worten: Warum gibt die EU derartige Summen für die Förderung von Auslandsaufenthalten aus?

Studie zu den Auswirkungen auf die Beschäftigungsfähigkeit

Mit dieser Frage hat sich eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie unter der Leitung der Beratungsgesellschaft „CHE Consult“ in Berlin beschäftigt. Sie basiert auf etwa 80.000 Rückmeldungen von Unternehmen und von Studierenden, die bereits am Erasmus-Programm teilgenommen haben. Die eindeutige Erkenntnis: Auslandsaufenthalte steigern die Beschäftigungsfähigkeit und die berufliche Mobilität. Im Durchschnitt haben Erasmus-Studierende nach ihrem Aufenthalt an einer ausländischen Hochschule bessere berufliche Aussichten als 70 Prozent aller Studierenden. Die Gefahr einer langfristigen Arbeitslosigkeit sei im Vergleich mit Studierenden ohne Auslandssemester nur etwa halb so groß.

Die Studie zeigt zudem, dass fünf Jahre nach Abschluss des Studiums die Arbeitslosigkeit unter Erasmus-Studierenden um 23 Prozent niedriger ist.

Zum Teil sei dies auf Persönlichkeitsmerkmale zurückzuführen, die bereits vor dem Auslandsaufenthalt vorhanden sind. Laut der Studie erhöhe sich der Vorteil der Erasmus-Studenten und -studentinnen gegenüber denen ohne Auslandserfahrung um durchschnittlich 42 Prozent. Zu den wichtigsten Errungenschaften zählen neben den neu erworbenen Fach- und Sprachkenntnissen auch ein verbessertes themenübergreifendes Denken und das Erlernen von Querschnittskompetenzen.

Wie sehr diese Eigenschaften geschätzt werden, zeigen die Rückmeldungen der Arbeitgeber, die sich an der Studie beteiligt haben: In nahezu allen Bereichen würden Bewerberinnen und Bewerber mit diesen Persönlichkeitsmerkmalen bevorzugt. Zusätzlich gaben 92 Prozent der Unternehmen an, dass sie weitere Eigenschaften wie Selbstvertrauen, Problemlösungsfähigkeit, Aufgeschlossenheit, Bewusstsein für eigene Stärken oder Schwächen und Entscheidungsfreudigkeit bei der Wahl ihrer Mitarbeiter berücksichtigen würden. Eben diese Merkmale werden durch einen Aufenthalt im Ausland gefördert. Aus diesem Grund würden die Arbeitgeber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit internationaler Erfahrung auch größere Verantwortung zutrauen.

Neben dem klassischen Erasmus-Semester gibt es auch die Möglichkeit, ein Erasmus-Stipendium für ein Praktikum im Ausland zu erhalten. Die Rückmeldungen der ehemaligen Praktikanten spiegeln ebenfalls den Mehrwert ihrer Erasmus-Erfahrung wieder, etwa in Bezug auf ihr Selbstbewusstsein: Einer von zehn ehemaligen Praktikanten hat sich nach Abschluss seines Studiums selbstständig gemacht, drei Viertel könnten es sich gut vorstellen. Über ein Drittel hat von dem aufnehmenden Unternehmen sogar direkt eine Stelle angeboten bekommen.

Folgen für das Privatleben

Natürlich können Zahlen nie die persönlichen Erfahrungen wiedergeben. Dennoch lassen einige Zahlen erahnen, welchen Reiz ein Aufenthalt im Ausland für sich birgt. Von den ehemaligen Erasmus-Stipendiaten sind anschließend 40 Prozent in ein anderes Land umgezogen, 93 Prozent können es sich gut vorstellen.

Einige Zahlen der Studie lesen sich zudem recht unterhaltsam: So ist jeder dritte ehemalige Erasmus-Studierende in einer internationalen Beziehung. Bei denjenigen ohne Auslandsaufenthalt ist dagegen lediglich jeder achte Studierende mit einem Partner oder einer Partnerin aus einem anderen Land liiert. 27 Prozent haben ihre Partnerin bzw. ihren Partner während des Erasmus-Aufenthalts kennengelernt, woraus die EU-Kommission schließt, dass seit dem Beginn

des Programms vor 25 Jahren etwa eine Millionen „Erasmus-Babys“ geboren wurden. Nicht nur für deren Eltern dürfte Erasmus wohl ein unvergessliches Erlebnis gewesen sein.

Die Studie „Auswirkungen der Mobilität auf die Kompetenzen und die Beschäftigungsfähigkeit der Studierenden und die Internationalisierung der Hochschulen“ kann [hier](#) in englischer Sprache abgerufen werden.

Non-Profit-Management

Wilhelm-Löhe-Preis für soziales Unternehmertum

Soziale Innovationen, soziales Unternehmertum, wirkungsorientiertes Investieren – diese Schlagwörter sind in aller Munde, wenn es um die Zukunft der Sozialwirtschaft geht. Immer häufiger wird privates Kapital für soziale Zwecke nachgefragt. Dazu muss es den Gründern gelingen, wirkungsorientierte Investoren vom Erfolg ihrer gemeinwohlorientierten Geschäftsidee zu überzeugen. Doch die Frage drängt sich auf, was daran wirklich neu ist oder ob es dieses Konzept nicht auch schon früher gab. Basiert nicht eigentlich die gesamte Soziale Marktwirtschaft darauf, dass Unternehmer auch Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen? Und auch wenn der Dritte Sektor formal zwischen Markt und Staat angesiedelt ist, so ist er doch schon seit den 1990er Jahren in die Marktwirtschaft vorgestoßen. Seitdem behaupten sich freigemeinnützige Organisationen und privat-gewerbliche Unternehmen mit ihren Dienstleistungen im Sozialmarkt. Welche von beiden Sozialunternehmer sind oder ob beide dazu zählen, wird kontrovers diskutiert.

„Wer innovativ gesellschaftliche Verantwortung am Sozialmarkt zu seiner Unternehmensidee macht, hat ein zentrales Anliegen Sozialer Marktwirtschaft verstanden“, sagte Prof. Peter Oberender, Präsident der Wilhelm Löhe Hochschule, in Fürth am 17. Oktober 2014 bei der Preisverleihung des neuen Wilhelm-Löhe-Preises. Die Hochschule der Diakonie Neuendettelsau verlieh dort gemeinsam mit dem Universitätsverein Fürth erstmals einen Preis für soziales Unternehmertum.

Der Wilhelm-Löhe-Preis soll Unternehmen, Unternehmern, Wissenschaftlern und Forschern einen Anreiz bieten, gemeinwohlorientierte Initiativen vor allem aus dem oder für den Bereich der Gesundheits- und Sozialwirtschaft innovativ zu entwickeln, umzusetzen und öffentlich bekannt zu machen. Damit soll über die konkrete Initiative hinaus eine positive Wirkung für das Gemeinwohlbewusstsein in der Gesellschaft erzielt werden. Der Preis würdigt Ideen und Persönlichkeiten, die sich in Wissenschaft und Praxis durch innovative unternehmerische Initiativen für Bildung, Gesundheit und Soziales im gemeinwohlorientierten Sinne auszeichnen.

Zur Jury gehörten Prof. Dr. h.c. Hermann Schoenauer (Rektor und Vorstandsvorsitzender der Diakonie Neuendettelsau), Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Oberender (Präsident der WLH), Prof. Elmar Nass (WLH), Steffen Klawitter (Deutsche Bank AG, Vice President, Spezialist nachhaltige Investments) und Evi Kurz (Vorsitzende des Ludwig-Erhard Initiativkreises). Die Bewerbungsfrist endete am 31. Juli 2014.

Der mit 5.000 Euro dotierte erste Preis ging an drei junge Sozialunternehmerinnen, die mir ihrer Firma „Ruby Cup“, an Mädchen in Afrika kleine Menstruationstassen als nachhaltige und kostengünstige Alternative zu Tampons und Binden verteilen. Das Projekt wurde mittels Crowdfunding finanziert und bereits mit mehreren Preisen ausgezeichnet. Der zweite Platz wurde zweimal vergeben: Das Suchtpräventionsmodell

„Kamillus meets school“ des Alexianer Krankenhauses in Köln, das Schüler in Kontakt mit suchtkranken Menschen bringt, erhielt 3.000 Euro ebenso wie eine Initiative zur sexualpädagogischen Erziehung namens „My Fertility Matters e.V.“ aus Puchheim. Mit dem dritten Preis in Höhe von 2.000 Euro wurden die Pflegedirektoren der Hospitalvereinigung St. Marien in Köln für das Projekt „Dementia Care“ ausgezeichnet. Sie entwickelten ein Schulungsprogramm, das speziell auf die Pflege dementiell erkrankter Menschen ausgerichtet ist.

Darüber, ob diese Organisationen, die mit dem Wilhelm-Löhe-Preis für soziales Unternehmertum ausgezeichnet wurden, nun allesamt neue Akteure aus der Welt des Social Business sind, lässt sich streiten. Es könnten auch etablierte Träger der Sozial- und Gesundheitswirtschaft sein, die neue und innovative Ideen erfolgreich realisiert haben.

Als „Anreiz für am Gemeinwohl orientierte Initiativen“ bezeichnet der Rektor der Diakonie Fürth, Hermann Schoenauer, die Auszeichnung. Nicht zuletzt sieht er in Wilhelm Löhe „den ersten Sozialunternehmer Deutschlands“. Dabei gehört Löhe (*1808 in Fürth) zu den Gründervätern der Diakonie in Deutschland. Die Grenzen zwischen Freier Wohlfahrtspflege und Social Entrepreneurship bleiben verschwommen.

Weitere Informationen: www.wlh-fuerth.de

Europa

Europa droht die soziale Spaltung

Europa macht leichte Fortschritte bei der wirtschaftlichen Stabilisierung, das Niveau an sozialer Gerechtigkeit hat in den letzten Jahren in den meisten EU-Staaten jedoch abgenommen. Dabei hat sich die soziale Schieflage zwischen den wohlhabenden Staaten Nordeuropas und zahlreichen süd- und südosteuropäischen Ländern im Zuge der Krise deutlich verschärft. Während in Schweden, Finnland, Dänemark und den Niederlanden nach wie vor ein hohes Maß an sozialer Teilhabe verwirklicht ist, hat die soziale Ungerechtigkeit in Ländern wie Griechenland, Spanien, Italien oder Ungarn zugenommen. Vor allem in den Krisenstaaten der EU sei es nicht gelungen, die teils massiven Einschnitte sozial gerecht aufzuteilen. Dies ist das Ergebnis eines ersten vergleichenden Gerechtigkeitsindex für alle 28 EU-Staaten, den die Bertelsmann Stiftung veröffentlicht hat.

Gerechtigkeitsindex zur Entwicklung der Teilhabechancen

Mit ihrem neuen EU-Gerechtigkeitsindex untersucht die Bertelsmann Stiftung anhand von 35 Kriterien sechs verschiedene Dimensionen sozialer Gerechtigkeit: Armut, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Generationengerechtigkeit sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt und Nicht-Diskriminierung. Die Stiftung wird zukünftig jährlich die Entwicklung der Teilhabechancen in den 28 EU-Staaten analysieren.

Als besonders kritisch sieht die Analyse neben dem Nord-Süd-Gefälle auch ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen den Generationen: Danach seien jüngere Menschen tendenziell stärker von sozialer Ungerechtigkeit betroffen als ältere. 28 Prozent der Kinder und Jugendlichen seien EU-weit inzwischen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, deutlich mehr als noch 2009 (26,1 Prozent). Im Gegensatz dazu sei die Altersarmut in manchen Ländern zurückgegangen. Die wachsende soziale Kluft zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den Generationen könne zu Spannungen und einem erheblichen Vertrauensverlust führen. Sollte die soziale Schieflage andauern oder sich weiter verstärken, gefährde dies die Zukunft des europäischen Integrationsprojekts, so der Vorstand der Bertelsmann Stiftung, Dr. Jörg Dräger.

Deutschland insgesamt im Mittelfeld

Im Vergleich dazu habe Deutschland geschafft, was kaum einem anderen EU-Staat während der Krise seit 2008 gelungen ist: Die soziale Gerechtigkeit ist gestiegen. Der leichte Aufwärtstrend gehe insbesondere auf die robuste Entwicklung am Arbeitsmarkt zurück, drücke sich aber auch in anderen Bereichen wie Bildung, Integration oder Gesundheit aus. Trotz der zu beobachtenden Verbesserung und einem siebten Gesamtplatz unter allen 28 EU-Staaten erreichte Deutschland allerdings in vielen wichtigen Bereichen des Gerechtigkeitsindex nur eine Platzierung im Mittelfeld.

Am Arbeitsmarkt schlägt positiv zu Buche, dass die Langzeitarbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren reduziert werden konnte. Deutschland habe zudem mit 7,9 Prozent EU-weit die geringste Jugendarbeitslosigkeit, und auch die Erwerbsintegration älterer Arbeitnehmer sei in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Im Bildungsbereich zeigten sich ebenfalls leichte Verbesserungen: So sei die Quote frühzeitiger Schulabgänger seit 2007 von 12,5 auf 9,9 Prozent gesunken. Beim europäischen Vergleich zur „Bildungsgerechtigkeit“ komme Deutschland aber dennoch nicht über einen 14. Rang hinaus, so die Studie. Der Zusammenhang zwischen sozialem Hintergrund und Bildungserfolg sei noch immer viel zu groß. Diese Chancenungleichheiten gelte es abzubauen, zum Beispiel durch weitere Investitionen in qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung.

Im Bereich Gesundheit punktet Deutschland zwar durch die hohe Qualität der medizinischen Versorgung, dennoch sei die Anzahl der hierzulande zu erwartenden "gesunden Lebensjahre" im EU-Vergleich unterdurchschnittlich (Rang 23). Schließlich sei auch das Auseinanderdriften der Einkommen in den vergangenen Jahren wieder etwas zurückgegangen. Allerdings liegt Deutschland hier weiterhin nur auf Rang 13.

Fazit

Trotz der relativen Verbesserungen in einigen Teilbereichen sieht die Studie für Deutschland noch erhebliches Verbesserungspotential. Die Bertelsmann Stiftung verweist beispielhaft auf die noch immer bestehenden Herausforderungen am Arbeitsmarkt. Deutschland müsse in Zukunft größere Anstrengungen unternehmen, um seine wirtschaftliche Stärke in mehr soziale Gerechtigkeit zu übersetzen. Die Verfestigung eines zweigeteilten Arbeitsmarktes sei kritisch. Deutschland sollte insbesondere die Übergänge von atypischer Beschäftigung zu Normalarbeitsverhältnissen erleichtern, so Dräger. Die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns sei dabei ein erster korrekativer Schritt.

Eine grundlegende Erkenntnis der Vergleichsstudie für alle EU-Staaten sei, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zwar eine wichtige Voraussetzung, aber auch kein automatischer Garant für soziale Gerechtigkeit sei. Das Thema „soziale Gerechtigkeit“ sollte daher nach Ansicht der Bertelsmann Stiftung künftig deutlich stärker ins Zentrum der europäischen Politik rücken. Die EU dürfe nicht nur als Hüter wirtschaftlicher Stabilität wahrgenommen werden. Sie sollte künftig eine integrierte Strategie entwickeln, die neben der bisherigen Wachstumsperspektive auch erstmals eine konsistente und vollständige Politik zur Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit

umfasst. Für die Mitgliedstaaten wiederum müsse es noch mehr darauf ankommen, die richtigen Weichenstellungen zwischen weiterhin notwendiger Haushaltskonsolidierung und wichtigen Zukunftsinvestitionen vorzunehmen. Denn Investitionen in die Teilhabechancen seien nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit sinnvoll. Sie seien auch für das Innovationspotenzial eines Landes unerlässlich.

Der Gerechtigkeitsindex soll demnächst durch das EU-Reformbarometer ergänzt werden, das die konkreten Reformbemühungen der EU-Mitgliedstaaten in den einzelnen Teilbereichen sozialer Gerechtigkeit abbilden wird. Der Gerechtigkeitsindex und das EU-Reformbarometer bilden gemeinsam den „Social Inclusion Monitor Europe“ (SIM).

Die vollständige Studie „Social Justice in the EU – A Cross-national Comparison“ von Daniel Schraad-Tischler und Christian Kroll finden Sie [hier](#). Eine Zusammenfassung der Kernergebnisse der Studie ist auf Deutsch [hier](#) abrufbar.

Neue Technologien

Am Puls der Zeit – Gesund durch digitale Ausrüstung?

Sport ohne technische Hilfsmittel? Das ist zwar möglich, aber der erprobte Sportler von heute ist meist gut ausgerüstet und verkabelt auf der Strecke anzutreffen. In der gegenwärtigen Zeit sind Schrittzähler und Sportarmbänder, die u. a. mit Bluetooth-Chip und GPS-Empfänger ausgestattet sind, keine Besonderheit mehr. „Wearable Technologies“ nennen sich die am Körper tragbaren Technologien, welche die körperlichen Aktivitäten des Trägers aufzeichnen und auf das Smartphone, den Computer oder sonstige elektronische Speicherkarten übertragen lassen. So werden etwa Kalorienverbrauch, Puls und Blutzuckerspiegel oder sogar die Qualität des Schlafs festgehalten und zum Beispiel über Gesundheitsapps auf digitalen Plattformen gespeichert.

Das Angebot wird immer mehr angenommen. Ärzte erhoffen sich ein geschärftes Bewusstsein der Patienten für ihre medizinische Situation und einen selbständigeren Umgang mit der Erkrankung. Eine kürzlich erschienene Studie der Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) bestätigte, dass die Deutschen offen für Angebote von innovativen Gesundheitsdienstleistungen und in diesem Zusammenhang auch für neue Marktteilnehmer sind. Google und Apple sind die derzeit wohl bekanntesten, keinesfalls aber die einzigen neuen Anbieter und Antagonisten auf dem Gesundheitsmarkt. Eingesetzt werden einige ihrer Technologien samt Geräten in den USA schon in Krankenhäusern und hochprofessionalisierten Gesundheitsprozessen.

Das Health-Kit von Apple

Mit seinem Health-Kit bietet Apple eine systemweite Schnittstelle für Fitness- und Gesundheitsdaten an. Sensordaten werden mittels einer Health-App über das iPhone gesammelt und ausgewertet. Auch die Anbindung an medizinische Geräte und Fitness-Lösungen ist möglich. Ziel ist es, zusammen mit Kliniken und Unternehmen aus dem Medizinsektor daran zu arbeiten, eine Schnittstelle für Ärzte zu schaffen, an der physiologische Informationen über Nutzer bei Erkrankungen gesammelt werden und die durch unkomplizierte Techniken transferiert werden können.

Zwei Kliniken in den USA testen das Health-Kit derzeit. Zum Beispiel soll in einem Projekt bei Kindern mit Diabetes der Blutzuckerspiegel mit Hilfe von Sensoren in iPod-Geräten gemessen werden. Über eine geeignete App werden die Daten an die behandelnden Kliniken weitergeleitet und dort überprüft. Die für Frühjahr 2015 angekündigte Armbanduhr, die so genannte Apple Watch wird mit Sensoren ausgestattet sein, die eine permanente Analyse der Daten des Trägers vornimmt. Auch andere Dienstleister bieten solche Technologien mehr und mehr an. Ein wichtiger Faktor für Ärzte und Patienten ist die Gewährleistung des Datenschutzes, welcher sich zwischen den Anbietern unterscheiden kann. Laut Angaben von Apple ist ausreichender Datenschutz gewährleistet, da der Patient die Kontrolle über seine Daten behält und selbst entscheidet,

ob er Dritten die Daten zur weiteren Verarbeitung weiterleitet.

Die Datenbrille von Google

Die Datenbrille von Google trägt man wie eine normale Brille auf der Nase. Sie fällt aber mit einigen Besonderheiten auf: Die so genannte Google Glass bietet unter anderem eine nach vorne gerichtete Digitalkamera, ein Mikrofon und die Funktion, im Internet zu recherchieren. Durch Kopfbewegungen und Worte kann sie gesteuert werden. Medizinische Anwendungen wie die Übertragung von chirurgischen Eingriffen, die teilweise dokumentiert wurden und über die virtuelle Ratschläge über große Distanzen ausgetauscht werden konnten, fanden u. a. schon in den Niederlanden und den USA statt. Technische Kinderkrankheiten, wie eine zu schwache Akkuleistung oder schlechte Tonqualität, werden bemängelt, es ist aber eine Frage der Zeit, sie zu beheben. Der weitaus größere Knackpunkt ist auch hier der Datenschutz. Denn bei Google landen die Informationen zwischenzeitlich auf Google-Servern. Was dort mit Ihnen geschieht und wer sie zu Gesicht bekommt, ist nicht klar.

Neben der Datenbrille hat Google auch eine Kontaktlinse entwickelt, die nicht nur die Altersweitsicht korrigieren, sondern auch den Glukosewert in der Tränenflüssigkeit sekundengenau bestimmen soll. Die Daten werden drahtlos an Smartphones übertragen, die mit Hilfe von Apps den Patienten bei

kritischen Stoffwechselwerten warnen. Insbesondere für Diabetes-Patienten ist die Kontrolle des Blutzuckerspiegels wichtig, sie erfolgt normalerweise über die Blutentnahme aus der Fingerbeere. Das Biotechnologie-Unternehmen Novartis hat kürzlich die "Smart Lens" genannte Technologie lizenziert. Bis zur Markteinführung wird es nach eigenen Angaben aber noch einige Zeit dauern.

Intelligente Kleidung

Fortschritte auf dem Gebiet der tragbaren Technologien machen Wissenschaftler auch mit Textilien, die mit intelligenten Funktionen ausgestattet sind. Dabei werden die Textilien mit Miniatursensoren ausgerüstet, die in die Innenmembran zum Beispiel eines T-Shirts eingearbeitet werden. Sie leiten dann Informationen über dünne Kabel in eine elektronische Karte in der Rückentasche. Diese analysiert die Informationen und überträgt sie weiter an eine Armbanduhr oder ein Smartphone. Die Informationen stammen aus dem Schweiß des Trägers. Sie enthalten Daten zu dessen Menge und Zusammensetzung und geben Auskunft über Dehydrierung, Ermüdung oder auch Stresserscheinungen. So hat der Nutzer die Möglichkeit zu erfahren, welche Stoffe oder Mineralien er über die Flüssigkeit am besten aufnehmen sollte. Für Feuerwehrleute und Polizisten ist das Material ursprünglich entwickelt worden. Ergänzt um weitere physiologische Komponenten wie einer ständigen Herzfrequenzmessung können diese Risikogruppen bei ihren Einsätzen durch die Aufzeichnung medizinischer Daten

überwacht werden.

Weitere Informationen zu der PwC-Studie „Healthcare & Pharma New Entrants“ erhalten Sie [hier](#). Eine Folge des Arte-Magazins „Future“ behandelte Anfang des Jahres das Thema „Intelligente Kleidung“; zu dem Video gelangen Sie [hier](#).

Materialien

Jeremy Rifkin: Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus

Frankfurt a.M./New York: Campus, 2014, 528 S., 27,00 Euro, ISBN 978-3-593-39917-1

Ein neues Wirtschaftssystem betritt die ökonomische Weltbühne. Der Kapitalismus hat seinen Höhepunkt überschritten und ist im Niedergang begriffen. Schon jetzt zeichnen sich die Umrisslinien des neuen ökonomischen Paradigmas ab: „Collaborative Commons“, zu Deutsch „Kollaborative Gemeingüter“, sinngemäß etwa „Gemeinsames Wirtschaften“, ein System, das auf Teilen statt Besitzen beruht, breitet sich aus. Bis 2050 wird es sehr wahrscheinlich fast überall auf der Welt wesentlicher Mittler wirtschaftlichen Miteinanders sein. Das sind die zentralen Thesen von Jeremy Rifkin. In seinem neuen Buch „Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft“ erklärt er, warum das Zeitalter des Kapitalismus zu Ende geht und welche Entwicklungen seinen Niedergang begünstigen.

Jeremy Rifkin, Soziologe und Ökonom an der Wharton School der Universität von Pennsylvania, ist einer der bekanntesten gesellschaftlichen Vordenker. Zahlreiche Regierungen und die Europäische Kommission haben ihn als Berater konsultiert. Seine bisher 17 Bücher über die Auswirkungen des wissenschaftlichen und technischen Wandels auf Arbeitswelt, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt sind internationale

Bestseller.

Vom Erfolg überholt

Es sei die Logik des Kapitalismus, die „Schizophrenie“ in seinem Kern, wie Rifkin schreibt, die dazu führt, dass er sich selbst auffrisst: Im freien Wettbewerb steige die Produktion ständig und die Preise fielen, bis sie keine Gewinne mehr einbringen. Am Ende liegen die Grenzkosten, also die Kosten für jede zusätzlich produzierte Einheit, fast bei null. Bisher seien die Unternehmen gewachsen, denen es am besten gelungen sei, die Kosten für ein zusätzlich hergestelltes Produkt am schnellsten zu senken. „Doch nun leben wir in einer Zeit, in der die Grenzkosten für viele Dinge so gut wie null sind.“

Thorsten Giersch erläutert Rifkins Thesen im Handelsblatt vom 4. Oktober 2014: „Egal ob Energie, Logistik oder Telekommunikation: Wenn die Infrastruktur einmal steht, ist es beinahe egal, ob man 10, 1.000 oder eine Million Kunden damit glücklich macht. Zusätzliche Kunden kosten die Firmen praktisch nichts. Ob Facebook eine Million oder eine Milliarde Mitglieder hat – die Mehrbelastung ist marginal.“ Der Kapitalismus ist entstanden, weil für den Aufbau von großer Infrastruktur und großen Industrien hohe Investitionen und damit große Mengen

an Kapital notwendig waren. Wenn jedoch die Grenzkosten für zusätzliche Expansionen gegen null tendieren, ist kein zusätzliches Kapital mehr erforderlich. Die Geschäfte können dann auch auf andere Art und Weise, ohne große Finanzmittel erweitert werden. Auf diese Weise sei eine moderne Allmende entstanden, eine Form des gemeinschaftlichen Eigentums – Rifkin nennt sie „kollaborative Commons“ –, die dem Kapitalismus seine Grundlage entziehe.

Vom Konsumenten zum „Prosumenten“

Wesentlich für diese Veränderungen sei die Entwicklung der digitalen Wirtschaft, so Rifkin. Inzwischen kann nicht nur fast jeder Inhalte im Internet selbst produzieren, sondern auch reale Produkte können immer einfacher am Computer entworfen und mit 3-D-Druckern selber ohne großen finanziellen Aufwand hergestellt werden. Immer neue technische Innovationen lassen die Produktionskosten sinken, sodass jeder zum Hersteller werden kann. Wir wandeln uns daher von Konsumenten zu Produzenten unseres eigenen Konsums, also zu „Prosumenten“. Parallel zu dieser Entwicklung verschwindet die menschliche Arbeit durch das Internet der Dinge. Geräte, Haushaltsgegenstände oder Kleidung werden mit Sensoren ausgestattet und übertragen ihre Informationen ins Internet.

Die intelligente, vernetzte und effiziente Selbstorganisation ohne Menschen ist heute bereits in manchen Fabriken Realität.

Sharing statt Shopping

Dieser technologische Fortschritt wird begleitet von einer sozialen Entwicklung: dem Aufstieg der „kollaborativen Commons“. Die neue Generation bewege sich weg vom Diktat des Eigentums und stelle Teilen über Besitzen. Für sie werde der Zugang zu einem Wirtschaftsgut viel wichtiger als der eigene Besitz, der Verantwortung und Verpflichtungen mit sich bringt. Rifkin erläutert die „Sharing Economy“ anhand der Beispiele Carsharing, Spielzeugverleih sowie Online-Tauschbörsen für Musik, Kleidung und Wohnungen und vergleicht sie mit einer „Kreislaufwirtschaft, in der alles dem Recycling zugeführt wird und wieder benutzt wird“. Während der vom materiellen Gewinn getriebene kapitalistische Markt auf Eigennutz basiere, charakterisiere die sozialen „Commons“ das Interesse an der Zusammenarbeit. Soziale Kollektive würden langfristig Unternehmen und Privatwirtschaft verdrängen, meint Rifkin. Denn für immer mehr selbstverwaltete Organisationen wie zum Beispiel karitative Einrichtungen, künstlerische und kulturelle Gruppen oder Stiftungen im Bildungsbereich, seien die Suche nach Gemeinschaft und das aufrichtige Verlangen nach Austausch und Kontakt die wesentlichen Motivationen.

Der letzte Arbeiter macht das Licht aus

Aber welche Auswirkungen hat das auf die Lohnarbeit? Informationstechnologien und das Internet der Dinge schaffen die menschliche Arbeit ab, meint Rifkin. Automaten, Roboter und künstliche Intelligenz würden schon bald auch in solche Bereiche vorstoßen, die heute noch z. B. wegen des persönlichen Kontakts mit Kunden von Automatisierung und damit einhergehenden Entlassungen verschont geblieben seien. Führerlose Fahrzeuge könnten bereits 2040 einen Großteil der Lastwagenfahrer ersetzen. Es sei mehr realistisch als träumerisch, sich für unsere Enkel eine Arbeitswelt vorzustellen, die von mechanischer Arbeit weitgehend befreit ist und stattdessen von „spielerischer Entfaltung“ lebt.

Anstelle der klassischen Lohnarbeit werde ein neuer Unternehmergeist entstehen. „Kann man sich vorstellen, dass die Milliarden von Menschen bis zum Ende der Welt dasitzen werden und sich ihre Ideen und Daten wegnehmen und für kommerzielle Zwecke benutzen lassen? Und niemand wird etwas dagegen tun?“, fragt Rifkin und ergänzt: „Das widerspricht der Geschichte!“ Viel wahrscheinlicher sei es dagegen, dass die Menschen eine Kooperative gründen und sich selbst organisieren würden, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

Fazit

Durchdringt man die diffizile Sprache, die sicherlich der Übersetzung aus dem Englischen geschuldet ist, und die komplexen wissenschaftlichen Theorien Rifkins, so öffnet sich der Blick in eine optimistische Zukunftsvision. Rifkins neues Buch bietet fundierte Szenarien für die Entwicklung einer nachhaltigen Ökonomie und einer gerechteren und menschlicheren globalen Wirtschaft durch technischen und sozialen Fortschritt. Es wirft aber auch viele Fragen auf. Obwohl man Rifkin mitunter Sozialromantik vorwerfen mag, beteuert er im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. September 2014: „Es ist absolut kein sozialistisches Utopia“. In dieser neuen Welt sei jeder sein eigener Unternehmer, der soziale Reputation aufbaue – und davon dann leben könne. Wer ein gutes Blog schreibe, werde zu Vorträgen eingeladen, wer gute Musik ins Netz stelle, könne Geld für seine Konzerte verlangen. „Es ist hart“, sagt Rifkin, „aber es ist aufregend. Ich wünschte, ich wäre 30 Jahre alt! Denn was ich hier sehe, ist die Demokratisierung der Ökonomie im ganz großen Stil.“

Ausführliche Rezensionen des Buches sind u. a. zu finden in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 13. September 2014 und im Handelsblatt Online vom 4. Oktober 2014.

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17
50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-237
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de

Nurcan Karapolat, n.karapolat@sozialbank.de

Hella Krauß, h.krauss@sozialbank.de

Tobias Nickl (Büro Brüssel), t.nickl@eufis.de

ISSN: 1869-7631 Erscheinungsweise: monatlich